

Antrag

**der Abgeordneten Birgit Stöver, Richard Seelmaecker, Joachim Lenders,
Stephan Gamm, Dennis Gladiator (CDU) und Fraktion**

Betr.: Ethnisch-kulturell motivierte Aggressionen in Schulen bekämpfen

Kinder und Jugendliche – insbesondere muslimische Jugendliche aus dem vorderen Orient – beleidigen einander in der Schule zunehmend aufgrund von Nationalität, Religion und Weltanschauung. Damit einher geht häufig die fehlende Akzeptanz von Regeln und Respektspersonen. Insbesondere Lehrerinnen bekommen dies zu spüren. Dies kann der Beginn einer Gewaltentwicklung sein bis hin zur Radikalisierung und Islamisierung.

Die CDU-Fraktion ist der Meinung, dass diesem Phänomen sehr frühzeitig begegnet werden muss – auf keinen Fall darf es kleingeredet oder gar negiert werden.

Die selbstverwaltete Schule stößt bei dieser Problematik an ihre Grenzen. Ihr muss durch Angebote zur Erkennung und Prävention sowie zum Umgang mit derartigen Verhaltensweisen ein Rahmen an die Hand gegeben werden. Deshalb ist die Schulbehörde aufgefordert, die bestehenden Unterstützungsangebote – unter Einbeziehung insbesondere auch der Streitschlichtungsprogramme für Schüler des Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung – zu evaluieren und zu prüfen, ob diese in ihrer Gesamtheit der neuen Entwicklung ethnisch-kulturell motivierter Aggressionen angemessen und ausreichend gegenüberstehen.

Wenn es an einer Schule überdurchschnittlich häufig zu derartigen Vorfällen kommt, bedeutet dies oft eine herausfordernde Führungsaufgabe, die es im Alltag zu bewältigen gilt. Nach der Erkenntnis bedarf es zügig der Entwicklung einer entsprechenden Haltung an der spezifischen Schule, wobei die Schulleitung konstruktive Vorgaben für die Lehrer machen muss. Der jeweilige Führungsstil, die entsprechenden Werte und Prinzipien müssen sich im Verhalten der Lehrer widerspiegeln. Im speziellen Fall der Lehrerinnen, denen der Respekt verweigert wird, muss ihnen seitens der Schulleitung und Kollegen der Rücken gestärkt werden, um in diese Konflikte gestärkt einsteigen zu können. Als Grundlage wird vielfach eine Auffrischung in Entwicklungs- und Beziehungskompetenz sowie ein adäquates Führungstraining benötigt. Keines von beiden ist in der Lehrerbildung enthalten. Insofern ist dieses zeitnah in die Curricula der Lehrerbildung sowie verstärkt in die Fortbildungen in Richtung Schulleitung zu integrieren.

Neben Unterstützung benötigen die Lehrer auch Zeit, will die Schule erfolgreich gegen ethnisch-kulturell motivierte Aggressionen vorgehen. In der Regel wird es nicht bei der Auseinandersetzung mit dem Schüler bleiben, sondern wird es auch um Gespräche mit den Eltern gehen. Dies darf nicht auf den Freizeitbereich abgewälzt werden. Insofern ist die präventive Arbeit im Lehrerarbeitszeitmodell zu berücksichtigen, was schlussendlich zu einer notwendigen Kapazitätserhöhung von Lehrkräften, nicht Sozialpädagogen, führt.

Die Eltern tragen einen wesentlichen Teil zum Ganzen durch die Erziehung ihrer Kinder und das Vorleben von Werten bei. Damit Lehrer und Eltern gemeinsam gegen derartige Aggressionen vorgehen können, ist die Art und Weise, wie Eltern an Schulen konstruktiv eingebunden werden, für den Erfolg entscheidend. Daher sollte die

Teilnahme an Elternabenden – die im besonders problematischen muslimischen Milieu von Vätern so gut wie nie wahrgenommen werden – für Eltern problematischer Schüler verpflichtend sein.

Lehrer müssen für Schüler Ansprechpartner sein, denen sich diese anvertrauen können, von denen sie ernstgenommen werden. Hierfür ist die Kultur der Klassenräte zu stärken und auszubauen. Denn die Hinweise auf ethnisch-kulturelle Konflikte kommen in den meisten Fällen von den Schülern selbst.

Schulbehörde, Lehrer, Eltern und Schüler müssen dafür sorgen, dass ein Bewusstsein dafür entwickelt wird, dass ethnisch-kulturell motivierte Aggressionen an Schulen nicht geduldet werden.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. die bestehenden Unterstützungsangebote zu evaluieren und zu prüfen, ob diese in ihrer Gesamtheit der neuen Entwicklung ethnisch-kulturell motivierter Aggressionen angemessen und ausreichend gegenüberstehen, und die Überprüfung der Maßnahmen in das Qualitätsmanagement der Schulbehörde zu integrieren.
2. die Problematik in die Curricula der Lehrerbildung und verstärkt in die Fortbildungen der Schulleiter zu integrieren.
3. den dafür erforderlichen Zeitaufwand im Lehrerarbeitszeitmodell zu berücksichtigen.
4. der Bürgerschaft eine Änderung des Hamburgischen Schulgesetzes vorzuschlagen, die es den Schulen ermöglicht, Eltern zur Teilnahme an Lernentwicklungsgesprächen und Elternabenden zu verpflichten.
5. die Dialogkultur in der Schule zu stärken. Hierfür müssen Klassenräte gestärkt und ausgebaut werden. Hinweise müssen von Lehrern ernst genommen und dürfen nicht negiert werden.